

# Antrag

an die 191. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol  
am 29. Mai 2026

## Energiekrise wirksam begegnen

Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen, insbesondere der Konflikt im Nahen Osten sowie strukturelle Einschränkungen bei globalen Transport- und Verladekapazitäten führen zu erheblichen Unsicherheiten auf den Energiemärkten. Diese Entwicklungen wirken sich unmittelbar auf die Preise für Treibstoffe aus und verschärfen die finanzielle Belastung für Wirtschaft, Arbeitnehmer:innen und Haushalte.

Die Bundesregierung hat bereits Maßnahmen, wie die sogenannte Spritpreisbremse gesetzt, um auf steigende Energiepreise zu reagieren. Diese Maßnahmen können kurzfristige Preisspitzen abfedern, sind jedoch nicht geeignet, dauerhaft stabile und leistbare Mobilitätskosten sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, die energie- und verkehrspolitische Strategie neu auszurichten und klare Prioritäten zu setzen. Ziel muss es sein, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern strukturell zu reduzieren und gleichzeitig die Mobilität für alle Menschen in Österreich leistbar zu halten. Ein rascher Ausbau der Elektromobilität wird dazu beitragen, die Abhängigkeit von fossilen Treibstoffen zu reduzieren und Haushalte von stark schwankenden Spritpreisen zu entlasten. Ein solcher Ausbau ist daher dringend sowohl durch legislative Maßnahmen als auch über öffentliche Gelder zu fördern. Dabei ist aber nicht nur die Anschaffung des E-Autos selbst zu fördern, sondern es sind auch Möglichkeiten zu schaffen, dieses mit Haushaltsstrom selbst zu laden. Denn nur dann besteht auch ein klarer finanzieller Vorteil gegenüber dem Tanken von fossilem Treibstoff.

Zudem führt die derzeitige Ausgestaltung der motorbezogenen Versicherungssteuer bei Elektrofahrzeugen zu einer sachlich nicht gerechtfertigten Mehrbelastung. Aufgrund des höheren Eigengewichts, insbesondere durch die Batterietechnologie weisen E-Autos häufig höhere Leistungswerte auf, die sich unmittelbar in höheren Steuerbemessungsgrundlagen niederschlagen. Dies führt dazu, dass Nutzer:innen von Elektrofahrzeugen trotz ihrer insgesamt deutlich besseren Energie- und Klimabilanz mitunter ähnlich stark belastet werden wie Halter:innen vergleichbarer Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor.

Diese Entwicklung steht im klaren Widerspruch zu den energie- und klimapolitischen Zielsetzungen, den Umstieg auf emissionsarme Mobilität aktiv zu fördern. Gerade in einer Phase, in der hohe Anschaffungskosten und infrastrukturelle Herausforderungen den Umstieg auf Elektromobilität ohnehin erschweren, setzen zusätzliche steuerliche Belastungen ein falsches Signal. Dasselbe gilt für die Einführung von Sachbezügen für den Privatgebrauch von dienstlichen E-Fahrzeugen.

Aus sachlicher und energiepolitischer Sicht ist daher eine Aussetzung der motorbezogenen Versicherungssteuer für Elektrofahrzeuge geboten. Dies würde nicht

nur bestehende Fehlanreize korrigieren, sondern auch einen wirksamen Beitrag leisten, um die Elektromobilität breiter in der Bevölkerung zu verankern und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern nachhaltig zu reduzieren.

Eine sozial gerechte Energiewende erfordert klare Prioritäten, verlässliche Rahmenbedingungen und gezielte Investitionen in zukunftsfähige Mobilitätsformen.

**Die 191. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Bundesregierung sowie die Tiroler Landesregierung auf, folgende Maßnahmen zur Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern im Bereich der individuellen Mobilität umzusetzen:**

**a) gezielte Förderung des Ausbaus der Elektromobilität durch:**

- **Wiedereinführung und deutliche Aufstockung von Förderprogrammen für den Erwerb von Elektrofahrzeugen, insbesondere für Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen. Dies soll auch den Kauf von gebrauchten E-Fahrzeugen über sozial gestaffelte Zuschüsse fördern, um breiteren Bevölkerungsschichten den Umstieg zu ermöglichen.**
- **Massive Förderung des Ausbaus von Ladeinfrastruktur, insbesondere von Wallboxen in Mehrparteienhäusern.**

**b) Abschaffung der motorbezogenen Versicherungssteuer für E-Fahrzeuge.**